

Mediencommuniqué vom 4. Juni 2007

Seit 100 Jahren kämpfen die Mieterinnen und Mieter vehement für die Kosten- und gegen die Marktmiete

Der Kanton als Mietzinstreiber?

Mit Marktmieten will der Kanton die Mietzinse anheizen und langjährige Mietparteien tendenziell aus ihren angestammten Wohnungen verdrängen. Dies ist nicht nur sozialpolitisch völlig falsch, sondern auch finanzwirtschaftlich fragwürdig und letztlich rein spekulativ.

Wird der Stadtkanton zum Mietzinstreiber? Dies muss man sich allen Ernstes fragen angesichts von Aussagen zur neuen Immobilienpolitik der Zentralstelle für staatlichen Liegenschaftsverkehr (ZLV).

Unverständlich und vehement abzulehnen ist die Absicht der neuen staatlichen Politik, bei Neu- und Wiedervermietungen Marktmieten festzulegen. Seit hundert Jahren und mehr kämpfen die Mieterinnen und Mieter für die Kostenmiete im Mietrecht und vehement gegen die reine Marktmiete. Letztere fördert spekulative Tendenzen, zielt auf die Verdrängung langjähriger Mietparteien und heizt den raschen Mieterwechsel an.

Demgegenüber darf eine "faire" Miet- und Wohnpolitik nie rein finanzwirtschaftlich betrachtet werden, wie dies der Kanton neu zu propagieren scheint. Stattdessen müsste gerade der Staat die soziale Komponente stark gewichten. Dazu wäre er übrigens laut den gesetzlichen Grundlagen auch rechtlich verpflichtet. Mit Methoden, die von ständig steigenden Mieterträgen ausgehen, 5 Basel-Stadt stattdessen eine Preistreiberrolle übernehmen. Das heisst letztlich eben: Spekulieren statt bewirtschaften.

Übrigens werden solche Methoden, wie Basel sie nun propagiert, selbst in den Lehrgängen des Schweizerischen Treuhänderverbands nur in genau umschriebenen Fällen - vor allem im Bereich der Geschäftsmieten - empfohlen und sind keineswegs als allgemeingültig zu werten. Immobilienbesitz mit einseitigen Finanzmarktmethoden zu bewerten, wie dies der Kanton offenbar tun will, ist daher nicht nur sozialpolitisch, sondern auch finanzwirtschaftlich höchst fragwürdig.